



**Miteinander  
leben lernen**

23.03.2009

## Presseerklärung

**MLL erwartet, dass das Saarland die UN-Konvention über die Rechte behinderter Menschen umsetzt**

Verein zur Förderung  
gemeinsamen Lebens  
und Lernens Behinderter  
und Nichtbehinderter  
e. V

Spenden steuerbegünstigt  
**Mitglied im DPWW**

Am 26. März tritt die UN-Konvention über die Rechte behinderter Menschen in Deutschland in Kraft.

Sie wird als Meilenstein für echte Teilhabemöglichkeiten und Selbstbestimmung behinderter Menschen gesehen. Ziel ist es, behinderte Menschen als gleichwertige BürgerInnen anzuerkennen und die Weichen dafür zu stellen, dass sie mit den gleichen Rechten wie nichtbehinderte Menschen mitten in der Gesellschaft leben können.

Dies hat weitreichende Konsequenzen, besonders auch für die Bildungspolitik: Laut Konvention darf kein Kind wegen seiner Behinderung von der Teilnahme am allgemeinen Bildungssystem ausgeschlossen werden. Jeder Mensch habe – unabhängig vom Grad seiner Behinderung ein Recht auf Bildung in einem integrativen (im Originaltext „inclusive“) Bildungssystem.

Das Saarland hat – gemessen am Bundesdurchschnitt – mit die höchste Rate von SchülerInnen mit sonderpädagogischem Förderbedarf in Regelschulen - über 30%.

Doch auch das Saarland ist weit entfernt von den Vorgaben, die die UN-Konvention macht:

Es gibt weder ein Elternwahlrecht zwischen allgemeiner- und Förderschule, noch die Verpflichtung für allgemeine Schulen, Kinder mit Behinderung aufzunehmen. Demgegenüber gilt das Prinzip der Freiwilligkeit und ein Haushaltsvorbehalt. Der Weg in die allgemeine Schule bleibt beschwerlich, und eine qualitative Weiterentwicklung hin zu einer Schule für Alle ist im Saarland nicht in Sicht. Im Gegenteil: die Bedingungen im Gemeinsamen Unterricht haben sich in den letzten Jahren deutlich verschlechtert.

Um die Ziele der UN-Konvention umzusetzen, ist eine Neuorientierung der Bildungspolitik in Deutschland zu erwarten. Ausgehend von der Vielfalt aller Kinder muss das Bildungssystem in der Lage sein, mit den individuellen Bedürfnissen eines jeden Kindes umzugehen.

Wir hoffen, dass sich die saarländische Landesregierung klar im Sinne der UN-Konvention positioniert und einräumt, dass Handlungsbedarf sowohl auf der Ebene der Gesetze als auch der Umsetzung besteht.



Wir schlagen vor, dass alle Beteiligten in diesen langwierigen Prozess einbezogen werden und in einem saarländischen Aktionsprogramm erarbeitet wird, mit welchen Maßnahmen die Inhalte der Konvention umzusetzen sind.

Der MLL ist gerne bereit sich zu engagieren und hier mitzuwirken.

Michael Burkert, Vorsitzender MLL